EINLEITUNGSBEKANNTMACHUNG**Untersuchungsverfahren der Union über Handelshemmnisse im Sinne der Verordnung (EU) 2015/1843, die vom Königreich Saudi-Arabien in Form von Maßnahmen angewandt werden, welche die Einfuhr von Keramikfliesen beeinträchtigen**

(2020/C 210/08)

Am 23. April 2020 ging bei der Europäischen Kommission im Einklang mit Artikel 3 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2015/1843 ⁽¹⁾ ein Antrag eines Industrieverbands betreffend ein Hindernis für die Ausfuhr von Waren aus der Europäischen Union in das Königreich Saudi-Arabien ein.

1. Betroffene Waren

Keramikfliesen, insbesondere keramische Fliesen, Boden- oder Wandplatten, die in die Position 6907 der Kombinierten Nomenklatur (Unterpositionen 6907.21, 6907.22 und 6907.23) eingereiht werden.

2. Betroffenes Land

Königreich Saudi-Arabien.

3. Zusammenfassung des Antrags

Der Antrag betrifft zwei technische Vorschriften für die Herstellung von Keramikfliesen, die das Königreich Saudi-Arabien 2019 erlassen hat, und deren Anwendung. Er bezieht sich auf das Erfordernis des Gütezeichens „Saudi Quality Mark“ (SQM), mit dem die Konformität der Waren mit den technischen Anforderungen bescheinigt wird, und die Verfahren für seine Erlangung.

Konkret wird in dem Antrag eine Reihe von Problemen angesprochen, die hauptsächlich das Konformitätsbewertungsverfahren betreffen, z. B.:

- den eingeschränkten Zugang zu zuverlässigen Informationen der saudi-arabischen Behörden über die Handhabung der Konformitätsbewertungsverfahren und die damit verbundenen Dokumentationsanforderungen;
- die Dauer der SQM-Konformitätsbewertungsverfahren und Verzögerungen des Verfahrens sowie fehlende Informationen über den Stand der Bearbeitung;
- die Ausstellung einer begrenzten Anzahl von Konformitätsbescheinigungen an Hersteller in der Europäischen Union seit dem Inkrafttreten der beiden neuen technischen Vorschriften;
- das Erfordernis mehrfacher Konformitätsbewertungen für ein und dieselbe Ware, um Konformitätsbescheinigungen zu erhalten, wenn diese Ware unter einer anderen Marke, einem anderen Modell oder einer anderen Handelsmarke vertrieben wird;
- das Erfordernis mehrfacher Audits für jeden Wirtschaftsakteur einer einzigen Produktionskette in der Europäischen Union, was Audits des ursprünglichen Herstellers und aller Händler, die in das Königreich Saudi-Arabien ausführen, umfasst;
- die verbindlichen technischen Vorschriften, die über die bestehenden internationalen Normen hinausgehen und im Hinblick auf das Maß an Regulierung nicht erforderlich sind, um das politische Ziel zu erreichen;
- die Dokumentations- und Informationsanforderungen für die Bewertung der Konformität der Ware mit den geltenden technischen Vorschriften, die in Bezug auf Umfang und Art unverhältnismäßig sind, und
- die Nichtanerkennung von Bescheinigungen, die von Konformitätsbewertungsstellen in der Europäischen Union ausgestellt wurden und aus denen hervorgeht, dass die hergestellten Keramikfliesen den technischen Anforderungen Saudi-Arabiens entsprechen.

Der Antrag wirft Zweifel an der Vereinbarkeit der saudi-arabischen Maßnahmen mit den Artikeln VIII, X und XI des GATT 1994 und den Artikeln 5, 8 und 10 des WTO-Übereinkommens über technische Handelshemmnisse auf.

⁽¹⁾ Verordnung (EU) 2015/1843 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Oktober 2015 zur Festlegung der Verfahren der Union im Bereich der gemeinsamen Handelspolitik zur Ausübung der Rechte der Union nach internationalen Handelsregeln, insbesondere den im Rahmen der Welthandelsorganisation vereinbarten Regeln (ABl. L 272 vom 16.10.2015, S. 1).

4. Verfahren

Die Kommission wird Untersuchungen zur Prüfung des Antrags durchführen. Interessierte Parteien können schriftlich Informationen über in dem Antrag angesprochene Fragen übermitteln oder sachdienliche Belege vorlegen. Informationen werden als vertraulich behandelt, wenn sich ihre Offenlegung wahrscheinlich in erheblichem Maße nachteilig auf den Auskunftgeber oder die Informationsquelle auswirken würde. Darüber hinaus hört die Kommission alle interessierten Parteien an, die dies schriftlich beantragen, vorausgesetzt dass sie von dem Ergebnis des Verfahrens unmittelbar betroffen sind. Diese interessierten Parteien können sich an die Anhörungsbeauftragte wenden.

Fünf Monate oder in komplexen Fällen sieben Monate nach dem Datum der Veröffentlichung erstattet die Kommission dem in Artikel 7 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2015/1843 genannten Ausschuss Bericht über die Ergebnisse des Untersuchungsverfahrens.

Informationen und Anträge auf Anhörung sind schriftlich an folgende Anschrift zu richten:

Europäische Kommission
Generaldirektion Handel
TRADE.F.2 — Anträge in Bezug auf Handelshemmnisse
CHAR 6/135
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË
E-Mail: mailto:trade-tbr@ec.europa.eu

5. Anhörungsbeauftragte

Interessierte Parteien können sich gemäß dem Beschluss 2019/339 ⁽²⁾ an die Anhörungsbeauftragte wenden. Die Anhörungsbeauftragte fungiert als Schnittstelle zwischen den interessierten Parteien und den mit der Untersuchung betrauten Dienststellen der Kommission und prüft Anträge auf Zugang zum Dossier, Streitigkeiten über die Vertraulichkeit von Unterlagen sowie Anträge Dritter auf Anhörung.

Weiterführende Informationen und Kontaktdaten können interessierte Parteien der Website der Anhörungsbeauftragten entnehmen: <https://ec.europa.eu/trade/trade-policy-and-you/contacts/hearing-officer/>.

6. Fristen

Anträge auf Anhörung müssen innerhalb von 45 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung bei der Kommission eingehen. Ein Antrag auf Anhörung durch die Anhörungsbeauftragte ist innerhalb von 45 Tagen nach der Veröffentlichung schriftlich zu stellen, wobei die Gründe für den Antrag anzugeben sind.

7. Datenschutz

Alle in diesem Untersuchungsverfahren erhobenen personenbezogenen Daten werden nach der Verordnung (EU) 2018/1725 ⁽³⁾ verarbeitet.

⁽²⁾ Beschluss 2019/339 des Präsidenten der Europäischen Kommission vom 21. Februar 2019 über die Funktion und das Mandat des Anhörungsbeauftragten bei bestimmten Handelsverfahren (ABl. L 60 vom 28.2.2019, S. 20).

⁽³⁾ Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2018 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 und des Beschlusses Nr. 1247/2002/EG (ABl. L 295 vom 21.11.2018, S. 39).